



München, 08.04.2014
PK – 1125 – 1 – 3 – 2

Jahresbericht 2014

Sachstand BayernLB (TNr. 11)

Happy End noch nicht in Sicht

Mit 10 Mrd. € ist der Freistaat Ende 2008 eingesprungen, um der Bayerischen Landesbank durch die Finanzkrise zu helfen. Zusätzlich übernahm er eine Garantie zur Absicherung der ABS-Papiere der Bank von bis zu 4,8 Mrd. €. Diese Stützungsmaßnahmen wurden von der EU-Kommission als staatliche Beihilfe gewertet, die nur unter bestimmten Auflagen mit dem EU-Recht vereinbar sind. Zu den Auflagen der EU gehörte u. a. die Rückzahlung der Stillen Einlage von 3 Mrd. €. Außerdem muss die BayernLB für den Vorteil, den sie aus der staatlichen Garantie für das ABS-Portfolio bezog, 1,96 Mrd. € erstatten (sog. Claw-back). Bisher hat die BayernLB etwa 1,2 Mrd. € an den Freistaat gezahlt. Davon entfallen allerdings nur 0,9 Mrd. € auf den Claw-back, der Rest sind laufende Garantiegebühren, die im Beihilfeverfahren deutlich erhöht worden sind. Mit anderen Worten: Noch hat die BayernLB keinen einzigen Euro des zugeführten Kapitals zurückgezahlt. Sobald das aber der Fall ist, sollte das Geld – das ist die klare Forderung des ORH - umgehend zur Tilgung der Schulden des Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB verwendet werden. Keinesfalls dürfen Kapitalrückzahlungen der Bank für die Haushaltsfinanzierung verwendet werden, wie es die Staatsregierung vorhat. Ein erhebliches Risiko besteht für die BayernLB und damit auch für die in Aussicht stehenden Zahlungen an die Staatskasse durch die juristischen Auseinandersetzungen mit der österreichischen Hypo Group Alpe Adria (HGAA). Probleme bereitet der Bank auch ihre ungarische Konzerntochter MKB Bank. Ein Happy End ist also noch lange nicht in Sicht.